

Uebergang des Konflikt des wirtschaftlichen Lebens sicherstellen. Wir müssen außer der Sicherstellung der Kontinuität der wirtschaftlichen Tätigkeit auch dafür sorgen, daß diese Tätigkeit vielfach gesteigert und kräftiger werde, als das bisher der Fall war. Es lasten gewaltige Bürden auf uns, die weder aus dem Ertrag des Grundbesitzes oder Hausbesitzes, noch aus dem Einkommen unseres Kapitals gedeckt werden können. Wir haben nur eine Deckung und das ist die gesteigerte Arbeit. (Langwährender lebhafter Beifall und Applaus.) Die Zukunft Ungarns hängt davon ab, ob wir fähig sind, gesteigerte Arbeit zu entfalten oder nicht.

Geehrte Herren! Diese gesteigerte Tätigkeit muß in allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens einfließen. In dem wir von Mehrproduktion sprechen, können wir uns eine wirklich intensive Arbeit in der Landwirtschaft ohne richtige industrielle Entwicklung und Handelsentwicklung nicht denken, wie ja auch Handel und Industrie nicht blühen können ohne landwirtschaftliche Mehrproduktion.

Geehrte Herren! Es muß in jedem Staate dafür gesorgt werden, daß die Baukunst, die mit Kunst und Kunsthandwerk in so engen Beziehungen steht, in gewissem Maße ununterbrochen gepflegt werde, denn ihre Stagnation würde unsere nationale Kraft und Kunst schwächen. Unter normalen Verhältnissen wären diese Gesichtspunkte vor Augen zu halten, doch wir müssen uns mit dem Baugewerbe schon deshalb beschäftigen, weil, wie unser Präsident richtig bemerkte, die Wohnungsnot im Lande und in der Hauptstadt allgemein ist und sich schon zu einem Notstand entwickelt. In erster Reihe müssen wir dafür sorgen, daß Wohnungen, die dem gewöhnlichen Bedarfsentsprechen, zu einem Preise zur Verfügung stehen, der unseren gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt ist. Die Gefahr ist am größten in der Frage der Kleinwohnungen und Arbeiterwohnungen. (Zustimmung. So ist's!) Ich bedauere sehr, daß die Aktion, die vor zehn Jahren eingeleitet hat, unterbrochen wurde. So sehr wichtig die Erfüllung der Ansprüche betreffend billiger und entsprechender Mittelwohnungen ist, es darf doch nicht übersehen werden, daß das eigentliche Uebel bei dem erstangigen Bedarf, bei den Kleinwohnungen, herorgetreten ist. Wir reden umsonst von der Notwendigkeit gesteigerter Arbeitsleistung. Bei nüchternem Ideengange können wir von dem Arbeiter, der sein Hauptermüdet nicht in einer reinen Wohnung zur Ruhe legen kann, nicht einmal die gewöhnliche Arbeitsleistung erwarten. (Langanhaltender lebhafter Beifall und Applaus.)

Geehrte Konferenz! Obgleich in erster Reihe naturgemäß die prinzipiellen Fragen geklärt werden müssen, so können wir uns damit doch nicht begnügen, sondern wir müssen zur Detailarbeit greifen und die Gesichtspunkte bezeichnen, die betreffend das Baugewerbe, die Herstellung des Rohmaterials, dessen Verwendung und Beschaffung, sowie betreffend die verwandten Industriezweige befolgt werden müssen. Wir haben gesehen, daß in allen Staaten zur Organisierung der Uebergangswirtschaft Regierungsorgane aufgestellt wurden. Bei uns ist ein solches Organ um so notwendiger, weil wir, wie ich bemerkte, neben der Kontinuität der wirtschaftlichen Tätigkeit auch um jeden Preis die Steigerung derselben anstreben müssen. Wir selbst können eine solche Organisation nicht schaffen, weil sie, ohne Wirkungsbereich, nur unsere Wünsche zum Ausdruck bringen könnte. Nicht auf diese aber, sondern auf deren Effektuierung, auf die Beseitigung der Wohnungsnot weist die Notwendigkeit dringend hin. (Zustimmung. So ist's!) Unsere eigentliche Aufgabe wird hervortreten, sobald diese Organisation geschaffen ist und wir je nach Gewerbebezirk und Beruf die notwendig der Lösung harrenden Aktionen werden bezeichnen können. Mit diesem Entschluß wollen wir uns zur Arbeit wenden, in der Überzeugung, daß hier nicht von individuellen Ansprüchen, von individuellem Bedarf die Rede ist, sondern von der Zukunft Ungarns. Möge die Arbeit beginnen, wir aber wollen die selbstlosen Werkler der Zukunft Ungarns sein. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Nach der mit lebhaftem Beifall und Applaus aufgenommenen Begrüßungsrede warf der Referent Roland A. Balogh einen Rückblick auf die bisherigen Aktionen auf dem Gebiete der Wohnungsbaufrage und hob die Tätigkeit des Ungarischen Ingenieur- und Architektenvereins hervor.

Berichterstatter Josef Steiner unterbreitete sodann den Beschlußantrag, den wir bereits in unserem Morgenblatte veröffentlicht haben.

In der darauf folgenden Debatte ergriff als erster im Namen des Ungarischen Ingenieur- und Architektenvereins Joltán Bálint das Wort. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung und die übrigen Behörden dieser Aktion die weitestgehende Unterstützung werden angeheißt lassen. Die Wohnungsnot und die Krise im Baugewerbe sind zwei miteinander in engem Zusammenhang stehende Fragen, die Baukrise in Ungarn bedeutet mehr als die Krise einer Gesellschaftsklasse. Schon vor Ausbruch des Krieges herrschte in Budapest Wohnungsnot, und seither wohnen um 41.000 Personen mehr in der Hauptstadt. Die Wohnungsnot wird noch zunehmen, wenn unsere Soldaten wieder nach Hause kommen und ihren früheren Beruf aufnehmen werden. Es bedarf dringender behördlicher Verfügungen, um den Uebergang schon jetzt vorzubereiten. Er erläuterte sodann die einzelnen Punkte des Beschlußantrages und empfiehlt ihn zur Annahme.

Abgeordneter Wilhelm Bájosny dankt im Namen der Volkswohlfahrtszentrale für die Einberufung dieser Enquete. Die Organisation der Wohnungsbaufrage ist noch schwieriger zu lösen als die Organisation der Kriegswirtschaft. Er verweist auf die Aktion, die im Interesse der Lösung der Wohnungsfragen vor dem Zustandekommen des Weltkrieges eingeleitet wurde. Damals waren Botsott und Revolution auf der Tagesordnung. Das Weltkriegs-Geschehen momentane Abhilfe geschaffen. Man darf nicht vergessen, daß, was auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiter geschieht, zugleich im Interesse der ganzen Gesellschaft liegt, denn die Lösung der Wohnungsfrage der Arbeiter bedeutet eine Entlastung für die übrigen Schichten der Gesellschaft. Bedauerlicherweise haben die späteren Regierungen die durch Alexander Wekerle eingeleitete Aktion nicht mehr fortgesetzt. Infolgedessen kann es nur als ein gutes Vorzeichen angesehen werden, daß die Leitung dieser Enquete derjenige Mann innehat, der als Ministerpräsident die soziale Bedeutung der Wohnungsfrage als erster erkannt und in dieser Hinsicht auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik

einen richtigen Weg eingeschlagen hat. Die Steuerfreiheit muß von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Die den Häusern im Reichsbilde der Stadt gewährte Steuerfreiheit ist vom Gesichtspunkte der Stadtregulierung von Bedeutung und unterstützt die Förderung des Baugewerbes. Doch löst sie die Wohnungsfrage nicht. Dazu ist die Steuerfreiheit für die äußeren Peripherien der Hauptstadt berufen. Das Maximum der Steuerfreiheit muß denjenigen eingeräumt werden, die beim Häuserbau den sozialen Anforderungen entsprechen, denjenigen, die Wohnungen mit ein bis zwei Zimmern bauen, und denjenigen, die mit einem mäßigen Ertrag des investierten Kapitals sich begnügen. Große Bedeutung kommt auch der Beschaffung der zum Bau notwendigen Materialien zu. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die Kohlenbergwerke, Eisenwerke usw. in staatliche Verwaltung übergehen. Die Industrieenergien müssen in den Händen des Staates oder der Kommune vereinigt sein. Das verstößt nicht gegen die Freiheit der Industrie, sondern schützt die Freiheit der Industrie gegen die Ausbeutung. Er nimmt den Beschlußantrag an. Der Privatbau muß mit allen Mitteln gefördert werden. Doch parallel damit müssen Staat und Kommune eine Aktion auf dem Gebiete der kleinen Wohnungen und der Beamtenwohnungen einleiten und das Bestreben der Mittelklasse fördern, in den Peripherien der Hauptstadt ein bescheidenes, gesundes Heim zu errichten. Bedauerlicherweise läßt das Verhalten der hauptstädtischen Bevölkerung auf diesem Gebiete viel zu wünschen übrig. Er verweist auf das Beispiel der Mittelklasse in den ausländischen Hauptstädten. Natürlich muß in Verbindung mit dieser Frage auch unser Verkehrswesen geregelt werden. (Lebhafter Beifall.)

Géza Suda nimmt im Namen des Landesverbandes der Privatingenieure den Beschlußantrag an. Er hält die Errichtung eines Ministeriums für öffentliche Arbeiten für notwendig.

Architekt Friedrich Spiegel spricht im Namen des Verbandes der ungarischen Architekten. Die Architekten müssen seiner Ansicht nach Mittel finden, die zur Beseitigung der auf dem Gebiete der Wohnungsbaufrage bestehenden Schwierigkeiten führen. Es müssen neue Wohnungsbauformen durchgeführt werden. Innerhalb des zu errichtenden Organes mußte auch eine Sektion bestehen, die diese Frage erörtern soll.

Im Namen des Landesverbandes der städtischen Ingenieure erklärt Präsident Franz Debecic, den Beschlußantrag anzunehmen.

Géza Polónyi meint, daß die Interessen der anständigen Partei und der anständigen Hausbesitzer identisch sind. Die Enquete ist dazu berufen, die bestehenden Gegensätze zwischen diesen zu beseitigen. Wir alle müssen uns verbinden, um den Hindernissen zu verfechten, allein die gegenwärtig in Kraft bestehenden Verfügungen treffen auch die anständigen Hausbesitzer und sind nichts anderes, als die Konfiskation des ehrlich erworbenen Vermögens. Er nimmt gegen die unerwünschte Einwanderung und Niederlassung fremder Staatsbürger in der Hauptstadt Stellung und gibt sodann der Ansicht Ausdruck, daß die staatlichen und die kommunalbauten innerhalb gewisser Schranken bleiben müssen, damit auch das private Vermögen der Privaten beim Häuserbau zur Geltung kommen kann. Der Staat und die Kommune sollen nur dort eingreifen, wo es an der Baulust der Privatpersonen mangelt. Die Kommunalbauten, die aus Steuern oder durch Kredit durchgeführt werden, verdienen nur die Wohnungen. Es müssen Garantien für die Sicherheit des Privatvermögens und des bürgerlichen Ruhens geschaffen werden. Durch die Moratoriumsverfügungen sind die Budapestener Parteien mit 30 Millionen Kronen Hauszins im Rückstand. Dieser Betrag dürfte kaum je eingetrieben werden können. Er fordert eine Revision des Steuerwesens und bittet, alles ins Werk zu setzen, damit die gesellschaftliche Aktion gegen die Hausbesitzer gelindert werde. Man kann nicht eine ganze Gesellschaftsklasse als Wucherer behandeln.

Alexander Garbai polemisiert in Vertretung der Gewerkschaftsverbände der ungarländischen Arbeiter gegen die Ausführungen des Vorredners. Die Wohnungsfrage ist keine Nebenfrage, sondern eine soziale Frage. (Lebhafter Beifall.) Polónyi vergißt, daß die Kriegsindustrie zahlreiche Arbeitskräfte nach der Hauptstadt gebracht hat. Das Privatkapital bedarf in Ungarn wahrlich keines besonderen Schutzes. Wir wissen gut, daß das Kapital, namentlich das Privatvermögen, sich während des Krieges unendlich bereichert hat. Dies wird eine große Erweiterung der Industriebetriebe nach dem Kriege in der Umgebung der Hauptstadt nach sich ziehen. Es steht daher, abgesehen von allen anderen Umständen, auch dadurch eine unendliche Zunahme der Wohnungsnot in Aussicht. Die Frage der Vermehrung der kleinen Wohnungen ist eine der wichtigsten sozialen Probleme. Werden nicht rechtzeitig Verfügungen getroffen, so wird auf dem Gebiete der Wohnungsfrage eine unerhörte Anarchie um sich greifen. Das Privatvermögen wird die Frage der kleinen Wohnungen niemals lösen. Da müssen der Staat und die Kommune helfend eingreifen. Preußen hat 120 Millionen für Wohnungszwecke votiert. Es sind dringend zu mind. 25.000 neue kleine Wohnungen notwendig. Eine Organisation ist unerlässlich. Diese Organisation muß aber einen weiten Wirkungsbereich haben, wenn man das angestrebte Ziel nur halbwegs erreichen will. Parallel damit müssen natürlich auch die Arbeitskräfte organisiert werden.

Nach einer persönlichen Bemerkung Géza Polónyis ergriff Graf Theodor Batthyány im Namen des Landesverbandes der Staatsbeamten das Wort. Er billigt den Beschlußantrag und erklärt, daß es Pflicht des Staates und der Kommune ist, Arbeiter- und Beamtenwohnungen zu errichten. Der Staat darf den Bau der kleineren Wohnungen nicht als Einnahmemeßel ansehen, im Gegenteil, zu diesem Zweck auch vor Opfern nicht zurückschrecken. (Zustimmung.) Er polemisiert mit Géza Polónyi. In normalen Zeiten wäre es sehr verfehlt, wenn der Staat durch drakonische Maßregeln in die Rechte des Hausbesitzers eingreifen würde. Allein während des Krieges können die Moratoriumsverfügungen vom sozialen Gesichtspunkte nur gebilligt werden. (Großer Lärm.) Was wäre geschehen, wenn diese einschränkenden Verfügungen nicht getroffen worden wären. Staat und Kommune müssen Mittel ins Werk setzen, um auf dem Gebiete der Wohnungsbaufrage mit dem privaten Unternehmenselemente Konkurrenz zu schaffen. Es ist auch eine moralische Pflicht der Gesellschaft, die Lösung dieser Frage zu unterstützen. Bei der Beschaffung der Materialien muß dafür gesorgt werden, daß jeder Wucher verhindert werde. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Landesverbandes der ungarischen Baumeister erklärt Ladislav Svoboda, den Beschlußantrag anzunehmen.

Die Sitzung dauert fort. Weiteres im Morgenblatte.

Enquete in der Wohnungsbaufrage.

Budapest, 31. Mai.

Heute vormittag 10 Uhr begann im Prunksaale des Ungarischen Ingenieur- und Architektenvereins eine in Angelegenheit der Wohnungsbaufrage einberufene Enquete. Für die Beratungen gab sich ein außerordentliches Interesse kund. Es waren vierzig hauptstädtische Vereinigungen durch Delegierte vertreten. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. die Reichstagsabgeordneten Graf Theodor Batthyány, Wilhelm Bájosny, Géza Polónyi, Ernst Bródy, Béla Patky, Vizebürgermeister Dr. Franz Déry, Magistratsrat Géza Demjén. Den Vorsitz führte Geheimrat Dr. Alexander Wekerle, der bei seinem Erscheinen im Saale mit stürmischem Applaus empfangen wurde.

Der Präsident des Ingenieur- und Architektenvereins Hofrat Michael Kallinger begrüßte in einer schwingvollen Ansprache den Geheimen Rat, Dr. Wekerle, an dessen Namen sich eine großangelegte Aktion in der Wohnungsbaufrage knüpft und der die berufsmäßigste Persönlichkeit ist, auch die jetzt eingeleitete Aktion zu leiten. Die Wohnungsnot in der Hauptstadt ist unhaltbar geworden, und es müssen rasch Verfügungen getroffen werden, um dringende Abhilfe zu schaffen. Der Ingenieur- und Architektenverein beschäftigt sich seit fünf Monaten mit den vorbereitenden Arbeiten dieser Aktion, und es ist zu hoffen, daß mit Unterstützung der Regierung und aller berufenen Faktoren diese Bewegung von Erfolg gekrönt sein werde.

Sodann leitete der Vorsitzende Geheimen Rat Dr. Alexander Wekerle die Beratungen mit folgender Ansprache ein:

Geehrte Herren! Wir haben uns zur Arbeit vereint, gestatten Sie also, daß ich nur ganz kurz danke für den ehrenvollen Empfang, den Sie so gütig waren, mir zu bereiten. Ich glaube, daß ich keiner individuellen Meinung Ausdruck verleihen, sondern einer allgemein gereiften Auffassung, wenn ich feststelle, daß die Zukunft Ungarns, und zwar nicht nur die Zukunft seiner volkswirtschaftlichen Politik, sondern seines gesamten Politikus eigentlich in der erfolgreichen wirtschaftlichen Tätigkeit ruht. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns eingehend mit Fragen beschäftigen, die die Zukunft des Landes so sehr berühren, und zwar nicht nur für die Zeit des Ueberganges. Denn wir können uns nicht zufrieden geben damit, was anderwärts und vielleicht unter anderen Umständen entsprechen würde, damit, daß wir für die Zeit des